

A stylized map of Iraq composed of a grid of dots. Some dots are grey, while others are red, highlighting specific regions or points of interest on the map.

Frust, Fragmentierung, Verunsicherung

Der Irak vor den Parlamentswahlen 2014

ANJA WEHLER-SCHÖCK

April 2014

- Am 30. April sind die Iraker_innen aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Angesichts der dramatischen Krise, die das Land durchlebt, finden die Wahlen unter denkbar schwersten Voraussetzungen statt. Der von vielen ersehnte Politikwechsel scheint in weite Ferne gerückt zu sein.
- Über bestimmte Teile des Landes hat der Staat in den letzten Monaten die Kontrolle verloren – und versucht sie derzeit mit eiserner Hand zurückzugewinnen.
- Seit verganginem Jahr wird der Irak erneut von bürgerkriegsähnlicher Gewalt erschüttert. 2014 sind bereits 3.600 Menschen Anschlägen zum Opfer gefallen. 2013 wurden mit mehr als 9.500 Opfern Zahlen wie zuletzt 2008 erreicht.
- Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung Nouri Malikis ist greifbar. Trotzdem ist davon auszugehen, dass seine *State of Law Coalition* bei den Wahlen eine Mehrheit erringen wird.
- Die Frustration in der Bevölkerung ist groß. Viele haben den Glauben daran verloren, dass sich durch die Teilnahme an demokratischen Prozessen etwas im Land ändert. Darüber hinaus ist absehbar, dass viele Menschen am Wahltag aus Sicherheitsbedenken zu Hause bleiben werden. Es ist daher mit einer niedrigen Wahlbeteiligung zu rechnen.

Seit vergangenem Jahr wird der Irak erneut von bürgerkriegsähnlicher Gewalt erschüttert. Für 2014 zählt die Organisation *Iraq Body Count* bereits 3.600 Opfer von Anschlägen. 2013 wurden mit mehr als 9.500 Opfern Zahlen wie zuletzt 2008 erreicht. Die Iraker_innen nehmen die Gewalt als allgegenwärtig wahr – niemand kann sich sicher sein, wann und woher die nächste Bedrohung kommt. Vor den mittlerweile wieder täglich stattfindenden Übergriffen ist keine Bevölkerungsgruppe gefeit.

Über bestimmte Teile des Landes hat der Staat in den letzten Monaten die Kontrolle verloren – und versucht sie derzeit mit eiserner Hand zurückzugewinnen. In Ramadi und Falludscha in der sunnitischen Provinz Anbar hat der al-Qaida-Ableger ISIL (*Islamic State of Iraq and the Levant*) einen islamischen Staat ausgerufen und kontrolliert diese Gegenden mit Milizen. Immer wieder dringen die Kämpfer auch in angrenzende Gebiete und in Richtung der Hauptstadt vor.

Mit den fünftgrößten Öl- und den zwölftgrößten Gasvorkommen weltweit ist der Irak ein ressourcenreiches Land. Dennoch lebt ein Fünftel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, die Infrastruktur liegt am Boden und der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen ist nur sehr eingeschränkt gewährleistet. Verbreitete Korruption verstärkt die Verteilungsungerechtigkeit sowie die Ineffizienz des Staates.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung Nouri Malikis ist greifbar. Viele nehmen ihn bereits als neuen Diktator im Irak wahr: Während seiner zwei Amtszeiten hat er es verstanden, systematisch Macht an sich zu ziehen sowie politisch Unliebsame und Oppositionelle in Schach zu halten oder vollständig auszuschalten. Den ihm unterstehenden Sicherheitskräften wird vorgeworfen, sich regelmäßig außerhalb der rechtlichen Ordnung zu bewegen und mit willkürlichen Übergriffen gegen politische Gegner vorzugehen.

Am 30. April sind die Iraker_innen aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Angesichts der dramatischen Krise, die das Land durchlebt, finden die nationalen Parlamentswahlen – die vierten seit der US-Invasion 2003 – unter denkbar schwersten Voraussetzungen statt.¹ Der von vielen ersehnte Politikwechsel scheint in weite Ferne gerückt zu sein.

1. Irakische Parlamentswahlen fanden nach dem Sturz des Saddam-Regimes 2005 (zweimal: Januar und Oktober) und 2010 statt.

Sicherheitskrise und staatlicher Kontrollverlust

Die sunnitische Bevölkerung in Provinzen wie Anbar sieht sich von der schiitisch dominierten Regierung Malikis systematisch diskriminiert und marginalisiert. Mit der Durchsuchung des Hauses des sunnitischen Finanzministers Rafi Issawi und der Festnahme zehn seiner Leibwächter spitzten sich die Proteste Ende Dezember 2012 zu, als tausende Demonstranten in sunnitischen Gegenden im Irak auf die Straße gingen. In den Folgewochen griff die Armee mit zunehmender Härte gegen die Demonstranten durch und es kam zu den ersten Todesfällen. Die Krise eskalierte am 23. April 2013 als Sicherheitskräfte ein sunnitisches Protestcamp in Hawija nahe Kirkuk stürmten und bei anschließenden Gefechten 40 Demonstranten getötet und viele verletzt wurden. Mehrere sunnitische Stammesführer riefen zur Revolte auf. Vergeltungsaktionen und Gefechte zwischen sunnitischen und schiitischen Gruppierungen sowie den Sicherheitskräften haben den Irak seither in einer Gewaltspirale versinken lassen.

Diese Entwicklungen, gepaart mit der Verschlimmerung des Bürgerkrieges im benachbarten Syrien, bereiteten den Boden für ein Erstarken von ISIL in Anbar und angrenzenden Provinzen des Irak. 2013 baute ISIL seinen Einfluss in Anbar aus und gewann zunehmend Kontrolle über Teile der Region. Ein besonderer Schlag gelang ISIL mit der Befreiung mehrerer hundert Insassen aus dem Gefängnis Abu Ghraib, von denen die meisten al-Qaida/ISIL zugerechnet werden. Nachdem Sicherheitskräfte Ende 2013 ein Protestcamp in Ramadi räumten, kam es zu gewalttätigen Aufständen in der Provinz Anbar. Zahlreiche sunnitische Milizen schlossen sich ISIL an.

Trotz einiger Bemühungen der Regierung, der sunnitischen Bevölkerung entgegenzukommen, z.B. durch die Entschärfung des Entbaathifizierungsgesetzes und der Übertragung von mehr Kompetenzen an Provinzen, bekommt sie die Situation nicht vollständig unter Kontrolle. Auch die von den USA an Maliki herangetragene Strategie, loyale sunnitische Milizen mit Geld und Waffen zu versorgen, setzte zu spät an. Zwar können die Sicherheitskräfte immer wieder an Boden gewinnen, aber ISIL gelangen stets neue Schläge. Die Gewalt beschränkt sich auch keineswegs auf Anbar, sondern erstreckt sich über weite Teile des Irak. Der »all out«-Ansatz, den die irakischen Sicherheitskräfte gegenüber ISIL verfolgen, geht erheblich zu Lasten der Zivilbevölkerung. Mehr als 400.000 Menschen sind durch die Anbar-Krise aus ihrer Heimat vertrieben worden.

Je näher die Wahl rückt, desto stärker mehren sich wahlbezogene Gewaltakte. Mehrere Kandidaten und ihre Mitarbeiter sind bereits Anschlägen zum Opfer gefallen. Die Wahlkommission verkündete Anfang April, dass in Teilen Anbars keine Wahlgänge stattfinden könnten, da die Sicherheit der Mitarbeiter und der Ausstattung nicht gewährleistet werden könne.

Rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen der Wahlen

Das irakische Parlament ist als Ein-Kammer-System organisiert. Das Parlament wird nach einem offenen proportionalen Listenwahlsystem gewählt, sodass sich Wähler_innen für Kandidat_innen innerhalb einer Liste entscheiden bzw. nur eine Liste wählen können. Die Möglichkeit der Briefwahl besteht im Irak nicht. Alle Wähler_innen müssen an ihrem Heimatort abstimmen. Allerdings gibt es für die signifikante Zahl der im Ausland lebenden Iraker_innen die Möglichkeit, in 19 Ländern weltweit im Rahmen des »out-of-country voting« ihre Stimme abzugeben. Weiterhin können die vielen Binnenflüchtlinge, deren Zahl sich durch die Sicherheitskrise in Anbar noch deutlich erhöht hat, im Rahmen eines Sonderwahlganges an einem anderen Ort abstimmen.

Gerade noch rechtzeitig zur bevorstehenden Wahl hatte das Parlament Anfang November 2013 eine Änderung des Wahlrechts verabschiedet. Die Diskussion hierum hatte sich sehr kontrovers gestaltet: Die kurdischen Abgeordneten wünschten eine Rückkehr zum System von 2005, in dem der Irak als ein Distrikt behandelt wurde. Dies wäre für die kurdische Autonomieregion von Vorteil gewesen, da dort die Wahlbeteiligung regelmäßig erheblich höher liegt als in den anderen Landesteilen, sodass die kurdischen Parteien von einer vergleichsweise höheren Stimmenzahl profitiert hätten. Verbunden mit einigen Änderungen wurde letzten Endes jedoch die Beibehaltung des Systems von 2010 verabschiedet, das den Irak in mehrere Distrikte aufteilt. Die Zahl der Sitze wurde um drei auf 328 erhöht, wobei die zusätzlichen Sitze alle der Region Kurdistan zugutekommen.

Acht Sitze sind für Minderheiten – Christen, Jesiden, Sabäer und Schabak – reserviert. Laut Verfassung sollen Frauen zu mindestens 25 Prozent im Parlament vertreten sein. In jeder Liste muss auf jeden dritten Mann eine Frau folgen – insgesamt muss der Frauenanteil über 25 Prozent liegen.

Die Wahlen werden im Irak von einer unabhängigen Wahlkommission (*Independent High Electoral Commission*, IHEC) durchgeführt. Um diese hatte es noch im März großen Wirbel gegeben, als die IHEC-Kommissar_innen geschlossen ihren Rücktritt verkündet und damit die planmäßige Durchführung der Wahlen in Frage gestellt hatte. Hintergrund war die Diskussion um den Ausschluss von Kandidat_innen von der Wahl – seit jeher ein heikles Thema im Irak. Während 2005 und 2010 noch die Entbaathifizierungsklauseln im Zentrum der Kontroverse gestanden hatten, sind es dieses Mal Vorschriften, die von allen Kandidat_innen eine »good moral reputation« fordern. Dies wird in der Regel so ausgelegt, dass gegen die entsprechende Person nicht mehrmals Haftbefehl erlassen worden sein darf. Da diese offene Handhabung zu Missbrauch geradezu einlädt und sich in mehreren Fällen auch der Verdacht der Entledigung politischer Gegner auf diesem Wege erhärtet hatte, verabschiedete das Parlament eine Gesetzesänderung. Diese sah die grundsätzliche Unschuldsvermutung auch bei Kandidat_innen vor und machte für den Ausschluss eine Verurteilung erforderlich. Hierauf verkündeten die IHEC-Mitglieder ihren Rücktritt, da sie sich mit widersprüchlichen Entscheidungen des Parlaments und der Judikative konfrontiert sahen. Ein Kommissar bezeichnete das Vorgehen des Parlaments sogar als Einmischung in die Arbeit der IHEC, die deren Unabhängigkeit gefährde. Weniger als eine Woche später zogen die Kommissar_innen ihren Rücktritt zurück. Die weite Auslegung der Vorschrift wurde gegen den Willen des Parlaments beibehalten.

Fortschreitende Fragmentierung: Die wichtigsten politischen Akteure

Bei den anstehenden Parlamentswahlen bewerben sich 9.040 Kandidat_innen um 328 Sitze. 71 Parteien² und 36 Koalitionen stellen sich zur Wahl. Nahezu keine Partei oder Allianz kann ein wirkliches Programm vorweisen. Wahlentscheidungen werden meist auf der Basis ethnischer, konfessioneller, geographischer oder personeller Beweggründe gefällt.

Anlässlich der Parlamentswahlen 2005 und 2010 hatten sich viele Parteien zu verschiedenen Koalitionen zusammengeschlossen. Allerdings haben sich im Laufe der

2. In Ermangelung eines Gesetzes über politische Parteien wird im Irak bislang von »political entities« gesprochen. Im vorliegenden Text wird zur besseren Verständlichkeit trotzdem der Begriff »Partei« verwendet.

vergangenen Legislatur etliche dieser Allianzen aufgelöst und in ihrer Zusammensetzung verändert. Während Malikis *State of Law Coalition* noch relativ intakt ist, sind die sunnitisch-säkulare *Iraqiyya* und die schiitisch dominierte *Iraqi National Alliance* (INA) in mehrere Gruppierungen zerfallen. Neben den unten aufgeführten Hauptakteuren gibt es noch mehrere kleine Koalitionen wie die *Civil Democratic Alliance*, ein Zusammenschluss von kommunistischen und anderen linksorientierten säkularen Parteien.

Entgegen mancher Vermutungen liegt diese Fragmentierung des politischen Spektrums nicht in der Neuerung des Wahlgesetzes begründet, das sogar in noch stärkerem Maße als zuvor größere Parteien bevorzugen. Die Gründe für die Zersplitterung sind vielmehr in einer zunehmend polarisierten und konfliktgeladenen politischen Atmosphäre zu sehen – eine Konsequenz von Malikis Strategie des *divide et impera*. Dabei geht es Maliki nicht unbedingt um ethnisch-konfessionelle Gesichtspunkte, sondern darum, durch gezielte Einschüchterung und Unterdrückung politischer Gegner seinen Machtanspruch auszubauen. Die letzten Monate führten vor Augen, dass Regierung und Parlament durch politische Blockaden gelähmt waren und zu wesentlichen Fragen, wie dem öffentlichen Haushalt, keine Entscheidungen herbeigeführt werden konnten.

State of Law Coalition

Unter Führung des schiitischen amtierenden Premierministers Nouri Maliki und seiner islamistischen *Da'wa*-Partei ist die schiitisch dominierte *State of Law Coalition* die derzeit stärkste politische Kraft im Irak. Trotz der eingangs erwähnten Unbeliebtheit Malikis ist es höchst wahrscheinlich, dass die Koalition eine Mehrheit bei den Wahlen erringen wird. Dies ist zum einen auf das Auseinanderbrechen bisheriger Allianzen zurückzuführen und die Unfähigkeit seiner politischen Gegner, sich zu einer schlagkräftigen »Anti-Maliki-Koalition« zusammenzuschließen. Zum anderen gibt es unter den Vorsitzenden der existierenden Koalitionen keine Persönlichkeit, die sich als starker Herausforderer Malikis präsentiert.

Im April 2012 hatte eine sunnitisch-schiitische Ad-hoc-Koalition unter Führung von Iyad Allawi, Usama Nujaifi und Moqtada Sadr versucht, Maliki durch ein Misstrau-

ensvotum zu stürzen. Es gelang ihnen zunächst, die Unterschriften von 176 Parlamentarier_innen zu sammeln, was den laut Artikel 61 der Verfassung erforderlichen 20 Prozent von 325 Abgeordneten mehr als entsprochen hätte. Staatspräsident Jalal Talabani weigerte sich jedoch in der Folge, die Abstimmung im Parlament zuzulassen, da hierfür nicht mehr genügend Unterschriften vorgelegen hätten. Es ist davon auszugehen, dass etliche Abgeordnete von Maliki bedrängt worden waren, ihre Unterschriften zurückzuziehen.

Anfang 2013 hatte das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das die Amtszeiten des Premierministers und des Parlamentssprechers auf maximal zwei Legislaturen beschränken sollte und somit verhindert hätte, dass Maliki 2014 erneut antritt. Im August erklärte das Oberste Gericht das Gesetz jedoch für ungültig und ebnete damit den Weg für eine dritte Amtszeit Malikis.

Zuletzt hatte es erhebliche Auseinandersetzungen zwischen Premierminister Maliki und dem sunnitischen Parlamentssprecher Usama Nujaifi gegeben, die in Richtung einer Verfassungskrise deuteten. Maliki bezeichnete das Parlament als »am Ende« und sprach ihm die Legitimität ab.³ Der Premierminister forderte die Parlamentarier_innen auf, die Sitzungen zu boykottieren, solange Nujaifi sich weigere, den umstrittenen Haushaltsentwurf zur Abstimmung zu stellen. Die Tatsache, dass Malikis Unterstützer in der Folge dazu aufriefen, das Parlament aufzulösen oder den Notstand auszurufen, führte bei vielen zur Sorge, Maliki könne sich auch bei einem für ihn negativen Wahlausgang weiterhin die Macht sichern wollen.

Ahrar Bloc

Der Ahrar-Block ist der politische Arm der schiitischen Sadristen-Bewegung. Während die Sadristen Maliki 2010 noch zu einer zweiten Amtszeit verhalfen, entwickelte sich der geistige Führer der Sadristen, Moqtada Sadr, in den letzten Jahren zu einem der schärfsten Kritiker Malikis.

Bis vor kurzem galt Moqtada Sadr noch als stärkster Herausforderer Malikis. Im Februar verkündete Sadr je-

3. Harith Hasan: »Bitter Maliki-Nujaifi exchanges strain political system.«, *Al Monitor*, 10.3.2014; <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/03/iraq-sectarian-ethnic-mobilization-elections.html>.

doch überraschend seinen Rückzug aus der Politik, was selbst für sein unmittelbares Umfeld völlig unerwartet kam. Die Motive für Sadr's Rückzug sind umstritten. Sadr selbst sprach davon, das Vermächtnis seiner Familie und ihren moralischen und religiösen Status bewahren zu wollen. Sadr, dessen Anhängerschaft sich zu erheblichen Teilen aus ärmeren Schichten rekrutiert und der soziale Gerechtigkeit propagiert, hatte sich zuletzt sehr über sadristische Abgeordnete erbost, die im Parlament für die Erhöhung der Rentenzahlungen an Parlamentarier_innen gestimmt hatten und in Korruptionsskandale verwickelt waren.

Tatsache ist jedoch, dass er die Sadristen mit diesem Schritt als Gegengewicht zu Malikis *State of Law Coalition* erheblich geschwächt hat. Zwar forderte Sadr seine Anhänger auf, trotzdem an den Wahlen teilzunehmen, um den erforderlichen Wandel zu erreichen, und bat die Amtsträger, nicht von ihren Ämtern zurückzutreten. Gleichzeitig machte er aber deutlich, dass er keine politische Einheit mehr unterstütze. Etliche Parlaments- und Provinzratsabgeordnete traten unmittelbar nach seiner Ankündigung zurück. In seiner Abschiedsrede nannte Sadr Maliki einen Diktator und Tyrannen, bezeichnete das Parlament als gelähmt und warf der irakischen Justiz vor, politisiert zu sein.

Das sadristische Credo sieht vor, dass die religiöse Führung auch im öffentlichen Leben und in der Politik eine Rolle spielt. Beobachter_innen gehen davon aus, dass Sadr sich derzeit eher neu orientiert, als dass er sich vollständig zurückzieht.⁴ Es ist nicht unwahrscheinlich, dass er im Hintergrund weiterhin Einfluss ausüben und zu gegebenem Zeitpunkt wieder im Zentrum des politischen Geschehens erscheinen wird.

Citizen Coalition (Mouwatin)

Der Vorsitzende des schiitischen *Islamic Supreme Council of Iraq* (ISCI), Amar Hakim, der mit seiner Partei 2010 noch Teil der *Iraqi National Alliance* (INA) gewesen war, welcher u. a. auch die Sadristen angehörten, gründete vor den Provinzwahlen im vergangenen Jahr die *Mouwatin*-Koalition. Diese vereint insgesamt 23 Parteien, darunter der *Iraq National Congress* des säkularen ehe-

maligen Vizepremierministers Ahmed Chalabi. *Mouwatin* schnitt bei den letztjährigen Provinzwahlen als zweitstärkste Kraft nach Malikis *State of Law Coalition* ab. Obwohl sie 2010 noch zu den Unterstützern Malikis zählte, lehnt *Mouwatin* eine dritte Amtszeit ab, bleibt in ihrer Kritik jedoch moderat.

National Coalition (Wataniyya)

Wataniyya geht aus der früheren *Iraqiyya*-Koalition hervor. Sie ist säkular geprägt und wird vom ehemaligen Premierminister Iyad Allawi angeführt. Die Allianz umfasst sowohl sunnitische als auch schiitische Mitglieder. Ihre Basis sind progressive und linksliberale Gruppen, worin ihr allerdings die *Civil Democratic Alliance* erhebliche Konkurrenz macht. Insgesamt ist davon auszugehen, dass säkulare Akteure bei den kommenden Wahlen eher geringe Chancen haben werden.

Arabiyya

Auch *Arabiyya* ist Ergebnis des Zerfalls der *Iraqiyya*-Allianz. Sie umfasst neun Parteien, ist sunnitisch-säkular geprägt und wird von Vizepremierminister Saleh al-Mutlaq geleitet. Die *Arabiyya* wird sich voraussichtlich schwer tun, eine große Zahl an Wählerstimmen auf sich zu vereinen. Die Basis der Koalition liegt ursprünglich in Anbar, Salahedin und Kirkuk. Mutlaq erlitt zuletzt jedoch einen gewissen Glaubwürdigkeitsverlust, da er zwischen Kritik und Unterstützung von Malikis Regierung schwankte. Insbesondere in Anbar nahm man es ihm übel, die *State of Law Coalition* bei den Provinzwahlen 2013 unterstützt zu haben. Es wäre denkbar, dass sich die *Arabiyya* mit Usama Nujafis *Moutahidoun* zusammenschließt.

Uniting for Reform (Moutahidoun)

Die *Moutahidoun*-Koalition ist der dritte größere Zusammenschluss, der aus Teilen der früheren *Iraqiyya* entstand, und wird vom derzeitigen Parlamentssprecher Usama Nujafi angeführt. Sie vereint 13 Parteien und strebt an, bei den Wahlen der größte sunnitische Block zu werden. *Moutahidoun* tritt in den sunnitischen Provinzen Anbar, Salahuddin und Niniveh an, aber auch in Diyala und Kirkuk, die arabisch-sunnitisch und kurdisch-

4. Harith Hasan: »Is Muqtada al-Sadr retiring or repositioning?«, *Al Monitor*, 21.2.2014; <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/02/sadr-decision-retire-repositioning.html>.

sunnitisch geprägt sind. Ihre Basis liegt in Mosul, der Heimatstadt ihres Vorsitzenden, wo auch dessen Bruder Atheel Nujaifi Gouverneur ist.⁵

Dignity (Karama)

Die neue *Karama*-Allianz wurde u. a. durch den sunnitischen Geschäftsmann Khamis Khanjar, der als Hauptsponsor der *Iraqiyya* galt, und durch den Abgeordneten Ahmad Alwani gegründet, der Ende 2013 unter dem Vorwurf sektiererischer Provokation festgenommen wurde.⁶ *Karama* zeigt sich kritisch gegenüber Maliki und sieht sich als Vertretung der sunnitischen Protestbewegung. Geographisch konzentriert sich die Allianz auf Anbar, um dort von den Ressentiments der sunnitischen Bevölkerung gegen die schiitisch dominierte Regierung zu profitieren.

Iraq Coalition

Die neu gegründete *Iraq Coalition* ist eine von Wirtschaftsgrößen dominierte Allianz, die für einen größeren Einfluss von Technokraten und Unternehmern eintritt und sich in allen schiitischen und sunnitischen Provinzen zur Wahl stellt.⁷ Ihre Haltung zu Maliki ist eher moderat. Es ist davon auszugehen, dass die Koalition im Falle eines Sieges Malikis ein Bündnis mit ihm eingehen würde.

Kurdische Parteien

Die zwei wichtigsten kurdischen Parteien – die *Kurdistan Democratic Party* (KDP, Massoud Barzani) und die *Patriotic Union of Kurdistan* (PUK, Jalal Talabani) – waren bei den nationalen Parlamentswahlen 2005 und 2010 als Kurdische Allianz angetreten, werden sich nun aber – wie bereits bei den kurdischen Parlamentswahlen 2013 – einzeln zur Wahl stellen. Seit 2009 ist mit der PUK-Abspaltung *Gorran* (Newshirwan Mustafa) ein dritter Akteur hinzugekommen, der seitdem deutlich an Einfluss hinzugewinnen konnte. In den Parlamentswahlen der Autonomieregion Kurdistan im September 2013

schnitt *Gorran* überraschend als zweite Kraft ab und verwies die PUK auf Rang drei. Dies brachte das kurdische Machtgefüge ins Wanken, da die Koalition zwischen KDP und PUK, die Kurdistan seit 1992 dominiert, nun so nicht mehr funktioniert. Die drei Parteien streben eine gemeinsame Regierungsbildung an. Über deren genaue Ausgestaltung, insbesondere über die Verteilung der Ämter, konnte jedoch bis dato keine Einigkeit erzielt werden. Es ist denkbar, dass die siegreiche KDP das Abschneiden der PUK bei den nationalen Parlamentswahlen und bei den zeitgleichen kurdischen Provinzwahlen abwarten möchte, um zu sehen, ob die PUK aus diesen mit gestärkter oder geschwächter Verhandlungsposition hervorgehen wird.

Vorsitzender der PUK und zugleich irakischer Staatspräsident ist Jalal Talabani, der sowohl in Kurdistan als auch im gesamten Irak eine wichtige moderierende Kraft darstellt. Seine krankheitsbedingte Abwesenheit seit Dezember 2012 war für die Partei ein schwerer Schlag, da Talabani in beiden Funktionen nicht ohne weiteres zu ersetzen ist. Auch in seiner Funktion als Staatspräsident fehlte er in den letzten eineinhalb Jahren als maßgebender Akteur. Es herrschte keine Einigkeit darüber, ob angesichts der langen Abwesenheit Talabanis gemäß Artikel 72 der irakischen Verfassung Neuwahlen für das Amt des Präsidenten abgehalten werden müssten. Somit blieb das Amt seit Talabanis Erkrankung vakant bzw. wurde stellvertretend durch Vizepräsident Khudair Khuzai ausgeübt. Da die irakische Verfassung die Amtszeit des Staatspräsidenten auf maximal zwei Legislaturen beschränkt, könnte Talabani auch im Falle seiner Gesundung kein weiteres Mal antreten. Die Frage seiner Nachfolge kann daher nicht weiter aufgeschoben werden.


Ausblick

Die Frustration in der Bevölkerung ist groß. Viele Menschen haben den Glauben daran verloren, dass sich durch die Teilnahme an demokratischen Prozessen wie Wahlen etwas im Land ändert. Die Auflösung bisheriger Allianzen und das fragmentierte politische Spektrum tragen zur Verunsicherung der Menschen bei und stärken die Zweifel daran, dass es tatsächlich zu einem Politikwechsel kommen kann. Weiterhin werden viele Menschen am Wahltag voraussichtlich aus Sicherheitsbedenken zu Hause bleiben, da trotz der Sicherheitsvorkehrungen des Staates Anschläge auf Wahllokale nicht

5. Harith Hasan: »Electoral race heats up among Iraq's Sunni factions.«, *Al Monitor*, 17.4.2014; <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/04/iraq-election-race-competition-sunni-forces.html>.

6. Ebd.

7. Ebd.



auszuschließen sind. Bereits jetzt ist somit abzusehen, dass die Wahlbeteiligung ähnlich gering oder gar noch niedriger ausfallen wird als bei den vorangegangenen Wahlen. Diese Faktoren treffen in besonderem Maße auf die sunnitische Bevölkerung zu.

Immer wieder wird auch die Vermutung geäußert, dass die Wahlen aufgrund der gegenwärtigen Sicherheitskrise im letzten Moment noch verschoben werden könnten. Große Bedenken löste in diesem Zusammenhang ein Gesetzentwurf zur Ausweitung des Notstandsrechts aus, den das Kabinett Malikis Anfang April dem Parlament vorlegte. Der Gesetzentwurf spricht dem Premierminister zahlreiche Kompetenzen zu und lässt diesem durch vage Formulierungen gleichzeitig erhebliche Entscheidungsspielräume in wesentlichen Fragen. Während dieses Vorhaben zweifellos Anlass zur Sorge gibt, ist eine kurzfristige Verschiebung des Wahltermins dennoch unwahrscheinlich. Gerade in der derzeit schwierigen Situation hat die Regierung Maliki ein zentrales Interesse daran, der Außenwelt zu zeigen, dass sie das Land im Griff hat.

Auch wenn für viele bereits jetzt außer Frage steht, dass sich Maliki eine dritte Amtszeit sichern wird, ist absehbar, dass sich die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung langwierig gestalten werden. Die Posten werden – wie bereits zuvor – nach politischen, konfessionellen, ethnischen und geographischen Gesichtspunkten verteilt werden, was kaum konfliktfrei verlaufen kann. Die politischen Grabenkämpfe der letzten Monate ha-

ben gezeigt, wie sehr diese den staatlichen Entscheidungsfindungsprozess zum Erliegen bringen können. Die dringenden Herausforderungen, denen sich der Irak gegenüber sieht, erfordern jedoch, dass Regierung und Parlament schnell handlungsfähig werden. Die Sicherheitskrise bedarf eines konstruktiven Lösungsansatzes, die sektiererischen Tendenzen müssen gebremst und längst überfällige Gesetzesvorhaben, wie das Öl-Gesetz und die Klärung des Status der *disputed territories*, angegangen werden.

Der nach der US-Invasion begonnene Demokratisierungsprozess im Irak hat in den letzten Jahren einige herbe Rückschläge erfahren. Dennoch bleibt es essentiell, dass die Iraker_innen an demokratischen Prozessen festhalten und diese auszubauen und zu verbessern suchen. Der Aufbau einer Demokratie in einem Land, das nicht auf eine demokratische Tradition zurückblickt, ist langwierig und von Krisen geprägt.

Deutschland und die EU können den Irak auf diesem Weg unterstützen, indem sie an die Regierung appellieren, den ordnungsgemäßen Ablauf freier und fairer Wahlen zu gewährleisten, das Wahlergebnis anzunehmen und den Weg für die zügige Bildung einer neuen inklusiven Regierung zu ebnen. Gleichzeitig kann der Demokratisierungsprozess von Unterstützung auf zivilgesellschaftlicher Ebene profitieren, indem beispielsweise politische Information und Partizipation gefördert und unabhängige Medien gestärkt werden.



Über die Autorin

Anja Wehler-Schöck leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Amman und ist für die Arbeit der FES in Jordanien und im Irak verantwortlich.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter, Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: ++49-30-269-35-7421 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die FES arbeitet seit 2004 kontinuierlich mit lokalen Partnern im Irak und ist regelmäßig vor Ort. Die Arbeit der FES im Irak wird vom Büro in Amman aus betreut. Am Anfang der Aktivitäten standen die Unterstützung für den verfassungsgebenden Prozess, der Ausbau unabhängiger Medien sowie die Ausbildung und Mobilisierung von Wahlbeobachter_innen. Über die letzten Jahre hat die FES im Irak ihr Partnernetzwerk sowie ihr Themenspektrum ausgebaut.

Heute engagiert sich die FES vor allem in den Bereichen Stärkung demokratischer Prozesse und politischer Partizipation, Förderung sozialer Gerechtigkeit und Unterstützung der Zivilgesellschaft. Ein besonderes Augenmerk des deutsch-irakischen Austausches gilt dem Ausbau föderaler Strukturen im Irak.

Neben verschiedenen öffentlichen Institutionen wie dem Parlament kooperiert die FES mit einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen, u. a. zu Menschen- und Bürgerrechten und zu politischer Teilhabe von Jugendlichen. Die FES und ihre iraki-

schen Partner organisieren regelmäßig Veranstaltungen zu aktuellen politischen Fragen und veröffentlichen Policy Papers und Bücher, die sich an Entscheidungsträger, Aktivist_innen und die interessierte Öffentlichkeit richten.

Anlässlich der Parlamentswahlen 2014 engagiert sich die FES wieder in der Ausbildung von lokalen Wahlbeobachter_innen und wird zudem selbst mit einem kleinen Team internationaler Beobachter_innen vor Ort sein.

Friedrich-Ebert-Stiftung Jordanien & Irak
P.O. Box 941876
Amman 11194
Jordanien

Tel. +962 6 5680810
Fax: +962 6 5696478
www.fes-jordan.org
www.facebook.com/FESAmmanOffice

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

